

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Technische Ausstattung in der beruflichen Bildung neu organisieren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein transparentes, zyklisches Modell der Ersatzbeschaffung für die technische Geräteausstattung und IT-Ausstattung der beruflichen Schulen zu entwickeln. Der Zyklus sollte sich mindestens an den steuerlichen Abschreibungsfristen orientieren. Er soll gewährleisten, dass die Ausstattung an den beruflichen Schulen jeweils auf dem aktuellen Stand der Technik bleibt. Das Modell soll gemeinsam mit den Innungen und Kammern entwickelt werden und auch sonstige Finanzierungsquellen, wie etwa GRW-Mittel, konzeptionell mit einbeziehen.

Es soll geprüft werden, ob entsprechende Ansätze auf andere Schularten übertragbar sind.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.10.2019 zu berichten.

Begründung:

Für den Erfolg und die Attraktivität der beruflichen Bildung ist eine zeitgemäße technische Ausstattung von großer Bedeutung. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen möglichst an und mit den Geräten in der Ausbildung lernen und arbeiten, mit denen sie auch später im Beruf umgehen werden. Dies kann nicht nur in den Ausbildungsbetrieben im Rahmen der Dualen Ausbildung geleistet werden, sondern muss auch durch die berufsbildenden Schulen und ihre Werkstätten sichergestellt werden.

Die sehr unterschiedlichen Bedarfe der beruflichen Schulen werden im kameralen System der Haushaltstitel, bisher basierend auf Vorjahresbeträgen, nur unzureichend abgebildet. So war in

der Vergangenheit nicht transparent, warum welche Schule wann welche Mittel für Ersatzbeschaffungen von Geräten und Maschinen erhalten konnte. Die Ausstattung der berufsbildenden Schulen ist dementsprechend teilweise stark veraltet bzw. am Rande der Funktionsfähigkeit.

Deshalb soll der Wechsel zu einem System erfolgen, das auf einem Abschreibungsmodell basiert, die notwendigen Ersatzbeschaffungsbeträge transparent ausweist und die Basis für die jeweilige Haushaltsaufstellung bildet. Durch diese Transparenz und klare Zielstellung wird es zukünftig leichter möglich sein, sowohl Fördermittel zu akquirieren als auch mit der Arbeitgeberseite über eine Beteiligung an den Beschaffungskosten ins Gespräch zu kommen.

Berlin, d. 21. März 2019

Saleh Buchner
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Brychcy
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Remlinger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen